

Geschäftsordnung für die Gemeindeforen Rosenheim Nord und Süd

Endgültiger Stand laut Überprüfung nach der 6. Sitzung des Gemeindeforums Rosenheim Süd am 16.5.2018

1. Grundlagen

Der Brenner-Nordzulauf als Zulaufstrecke zum Brenner Basistunnel ist Bestandteil des TEN-V Kernnetzes der EU und Teil des Skandinavien-Mittelmeer-Korridors (Korridor 5), der von Helsinki über den Brenner nach Valletta auf Malta verläuft.

Auf Grundlage der Ministervereinbarung, die am 15. Juni 2012 zwischen den Verkehrsministern von Deutschland und Österreich in Rosenheim unterzeichnet worden ist, wurden die DB Netz AG sowie die ÖBB-Infrastruktur AG mit den Planungen des Brenner-Nordzulaufs (München – Rosenheim – Grenze D/A – Kundl/Radfeld) beauftragt. Ziel des grenzüberschreitenden Planungsprozesses ist die Durchführung von Variantenuntersuchungen für die Streckenführung eines dritten und vierten Gleises. Diese Variantenuntersuchungen werden von einem Trassenauswahlverfahren begleitet, das mit einer Trassenempfehlung für die Streckenführung einer zweigleisigen Neubaustrecke endet.

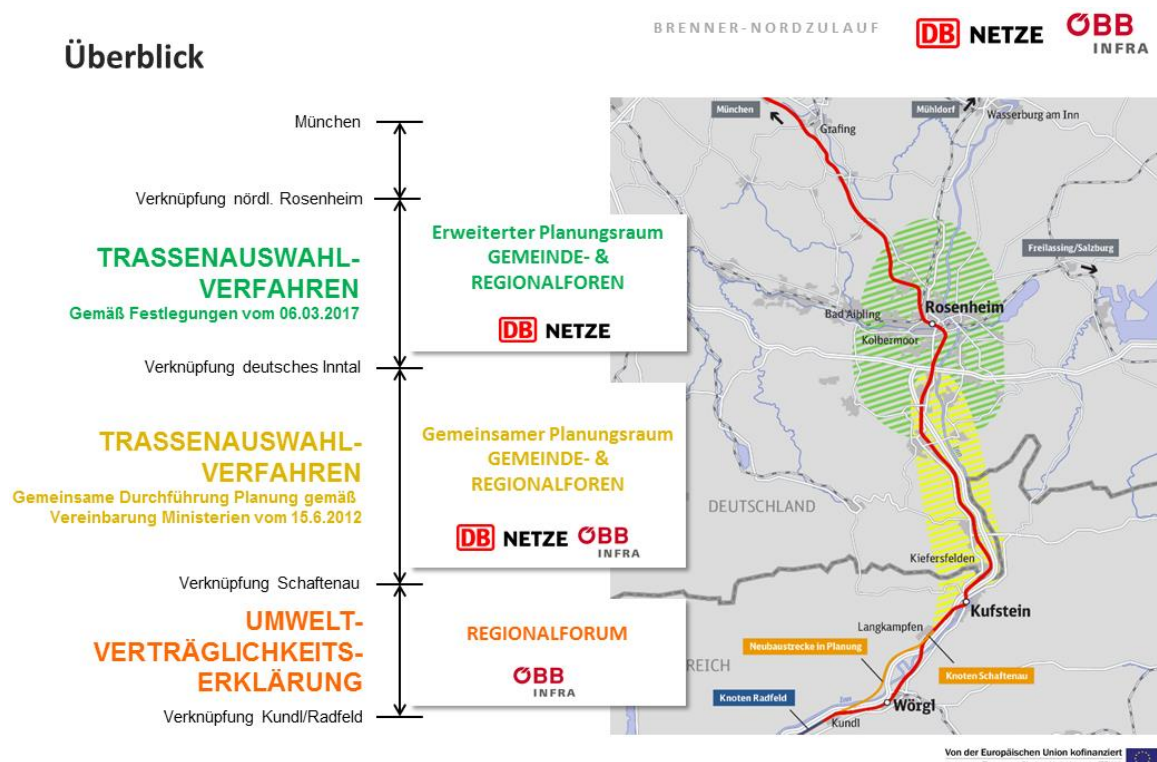
Grundlage ist weiters der Bundesverkehrswegeplan 2030:

Maßnahmentitel: ABS/NBS München – Rosenheim – Kiefersfelden – Grenze D/A (– Kufstein)
Beschreibung der Maßnahme*): 2-gleisige NBS Großkarolinenfeld – Brannenburg, Vmax 230 km/h (Westumfahrung Rosenheim); 2 zusätzliche Gleise Brannenburg – Kiefersfelden – Grenze D/A. *) Maßnahmeninhalte wurden für die neuen Vorhaben i.d.R. auf einer sehr frühen Planungsstufe entwickelt. Sie können sich im Laufe der Planung ändern.

Die dazu notwendigen Planungen haben nach dem Willen beider Regierungen grenzüberschreitend so zu erfolgen, als ob es keine Staatsgrenze gäbe.

Es wurden dazu zwei Planungsräume definiert:

Überblick



- **Gemeinsamer Planungsraum** (Verknüpfungsstelle südlich von Rosenheim – Grenze D/A – Kundl/Radfeld): Er beginnt im Norden mit der Verknüpfungsstelle „Deutsches Inntal“ zwischen der Bestandsstrecke und der geplanten Neubaustrecke und endet im Süden mit der schon im Trassenauswahlverfahren des anschließenden österreichischen Streckenabschnitts Schaftebau – Kundl/Radfeld im Jahr 2009 festgelegten Verknüpfungsstelle in Schaftebau.
- **Erweiterter Planungsraum** (Verknüpfungsstelle nördlich von Rosenheim – Raum Rosenheim – Verknüpfungsstelle „Deutsches Inntal“): Er beginnt im Norden mit der Verknüpfungsstelle zwischen der Bestandsstrecke und der geplanten Neubaustrecke nördlich von Rosenheim im Bereich Großkarolinenfeld/Tuntenhausen und endet im Süden mit der Verknüpfungsstelle „Deutsches Inntal“.

Die DB Netz AG und die ÖBB-Infrastruktur AG haben sich im gemeinsamen Planungsraum 2015 entschlossen, vor Beginn von Rechtsverfahren eine Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung im Rahmen des Trassenauswahlprozesses durchzuführen. Im Zuge des Trassenauswahlprozesses wurde damals vorgesehen, die berührten Gemeinden und die Öffentlichkeit einzubeziehen, wobei unterschiedliche Stufen der Beteiligung vorgesehen sind:

- Information
- Konsultation (Einholung und Abgabe von Stellungnahmen)
- Kooperation/Mitwirkung

Diese Beteiligung wird durch eine repräsentative Vertretung in folgenden Gremien sichergestellt:

- Gemeindeforen
- Regionalforum
- Regionaler Projektbeirat

Der Trassenauswahlprozess wird vom Lenkungskreis, der auf Grund der o.a. Ministervereinbarung von Rosenheim eingesetzt wurde begleitet und gesteuert.

Auf Basis der vorgesehenen abschnittswisen Entwicklung der Planungsräume zum Brenner-Nordzulauf hat sich im Zuge der ersten Korridorüberlegungen im gemeinsamen Planungsraum im Herbst 2016 herausgestellt, dass die Lage der Verknüpfungsstelle „Deutsches Inntal“ nicht eindeutig festgelegt werden kann, ohne für die nördliche Fortsetzung des Brenner-Nordzulaufs auch Planungen in gleichem Tiefgang anzustellen. Nach darauf folgenden heftigen Diskussionen in einigen der berührten Gemeinden fand am 6. März 2017 ein Gespräch zwischen den Bürgermeistern des Landkreises Rosenheim, der kreisfreien Stadt Rosenheim, Abgeordneten, Vertretern von Bürgerinitiativen und dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt in Rosenheim statt.

Dabei wurde u.a. festgelegt, dass der Planungsdialog im **Erweiterten Planungsraum** einen Neustart erfährt und, über die bisherige Information und Konsultation hinaus, jetzt auch ein Dialogverfahren mit Gemeindeforen in gleicher Form wie es 2015 im Gemeinsamen Planungsraum begonnen wurde, eingerichtet wird.

2. Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen für diese im erweiterten Planungsraum neu einzurichtenden Gemeindeforen sind:

- Der Zeitrahmen für den Korridorentwicklungs-, Trassenentwicklungs- und Trassenauswahlprozess bis voraussichtlich Jahresbeginn 2020 und die daraus sich ergebende Notwendigkeit und Häufigkeit der Zusammenkünfte
- Die Einhaltung folgender Grundsätze der Projektkommunikation
 - offen, ehrlich, nachvollziehbar
 - möglichst frühzeitige Information und Diskussion
 - Überzeugung statt Durchsetzung
 - Erzielung möglichst hoher Akzeptanz, Entscheidungsfindung über einen möglichst breiten Konsens und nicht durch Abstimmung
 - Miteinander und nicht über die Medien übereinander zu reden
 - einen Austausch auf Augenhöhe
- Die Notwendigkeit klarer Regelungen der Zusammenarbeit
- Eine professionelle Vor- und Nachbereitung, insbesondere Visualisierung (Pläne, Präsentationen, schriftliche Unterlagen für den Teilnehmerkreis, Protokolle) und Dokumentation des Arbeitsprozesses
- Die laufende Information über die Sitzungsergebnisse des Lenkungskreises durch die DB-Projektleitung
- Information über die Sitzungsergebnisse des Regionalforums und des Regionalen Projektbeirates durch die Moderation
- Die umfassende Informationsvermittlung durch die beauftragten Experten und Planer auch zu Fragen, die von der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Brennerzulauf an die Mitglieder des Gemeindeforums herangetragen werden.
- Die Prozess-Steuerung und Protokollführung durch einen externen Moderator

3. Ziel & Aufgaben

Das **Ziel** der Gemeindeforen soll sein, gemeinsam mit möglichst breiter Akzeptanz eine nachvollziehbare Trassenempfehlung für die Streckenführung einer zweigleisigen Neubaustrecke im Erweiterten Planungsraum zu finden.

Daraus leiten sich folgende **Aufgaben** für die Gemeindeforen (GF) ab:

Sie beschäftigen sich aus dem Blickwinkel der im erweiterten Planungsraum berührten Gemeinden*) in gesamtheitlicher Betrachtungsweise von der Festlegung der Bewertungsmethode des Trassenauswahlverfahrens über die Korridorentwicklung, Trassensuche und Trassenentwicklung bis zur Trassenempfehlung, die dann Grundlage der Trassenauswahl sein wird.

Obwohl einige Mitglieder des Gemeindeforums den Bedarf des Projektes anzweifeln wurde vereinbart, dass die Diskussion um den Bedarf auf das Nötigste beschränkt werden soll. Die Mitglieder haben die Möglichkeit, ihre Ablehnung des Projektes schriftlich einzureichen. Entsprechende Stellungnahmen sind per Anhang an diese Geschäftsordnung festgehalten.

Die Beteiligung der Gemeindeforen umfasst alle drei Beteiligungsstufen

- Information
- Konsultation (Einholung und Abgabe von Stellungnahmen)
- Kooperation/Mitwirkung

und damit die Möglichkeit für alle Mitglieder auf Grund ihrer örtlichen Kenntnisse für den durch das jeweilige Gemeindeforum abgedeckten Streckenabschnitt in Zusammenarbeit mit den Experten und Planern des DB-Projektteams ihre Anliegen, Bedürfnisse und Vorschläge frühzeitig in das Projekt einzubringen und zu erörtern.

Die Bearbeitung soll in zwei Phasen erfolgen, in denen sich für die GF neben dem Informationsaustausch folgende Aufgaben ergeben:

- **Phase I:** Erarbeitung der Bewertungsmethode
 - Vereinbarung der Geschäftsordnung
 - Konsultation zur Bewertungsmethode des Trassenauswahlverfahrens. Diese wurde von den beauftragten externen Experten für den Gemeinsamen Planungsraum entwickelt und soll hier den örtlichen Verhältnissen angepasst und angewendet werden
 - Mitwirkung bei der Formulierung der Anliegen und Bedürfnisse von Mensch und Natur und bei der Erarbeitung der entsprechenden Kriterien und Indikatoren, die im Trassenauswahlverfahren herangezogen werden sollen
- **Phase II:** Korridorentwicklung, Trassenentwicklung und -planung, fachliche Beurteilung und Trassenempfehlung
 - Kooperation/Mitwirkung bei der Erarbeitung der Korridorvorschläge und Trassenvorschläge des beauftragten Planers
 - Vorschlagsrecht für alternative Korridor- und Trassenvorschläge
 - Entgegennahme von Vorschlägen aus den Gemeinden

Die Gemeindeforen streben an, den anspruchsvollen Zeitrahmen einzuhalten.

**) Im erweiterten Planungsraum werden aus derzeitiger Sicht folgende Gemeinden, von der Korridor- und Trassenentwicklung berührt sein: Bad Aibling, Bad Feilnbach, Großkarolinenfeld, Kolbermoor, Prutting, Riedering, Rosenheim, Rohrdorf, Schechen, Stephanskirchen, Tuntenhausen, Vogtareuth.*

4. Zusammensetzung der Gemeindeforen

Es werden im Erweiterten Planungsraum auf Grundlage der beim Bürgermeistertreffen am 24.8.2017 getroffenen Entscheidung folgende Gemeindeforen gebildet:

- **Gemeindeforum Rosenheim Nord**
Gemeinden Bad Aibling, Großkarolinenfeld, Prutting, Schechen, Tuntenhausen und Vogtareuth
- **Gemeindeforum Rosenheim Süd**
Gemeinden Bad Feilnbach, Kolbermoor, Riedering, Rosenheim, Rohrdorf und Stephanskirchen

Dazu sollen von den Bürgermeistern bis zu vier Personen als Mitglieder ihrer Gemeinde im Gemeindeforum benannt werden und zwar:

- der Bürgermeister
- ein Vertreter der Landwirtschaft
- ein Vertreter der Wirtschaft
- ein Vertreter von lokalen Bürgerinitiativen oder Vereinigungen

Sollten aus Sicht der Gemeinden keine fachlichen Vertreter der Landwirtschaft und/oder der Wirtschaft zweckmäßig sein, können stattdessen von Ihnen auch andere Gemeindevertreter nominiert werden, wobei die Zahl vier nicht überschritten werden kann. Wichtig ist hier eine ausgeglichene Vertretung der Interessen innerhalb der Gemeinde.

Teilnehmer des Gemeindeforums sind darüber hinaus die Mitglieder der DB-Projektleitung.

5. Sitzungseinladung, -leitung und -protokollierung

Die Einladung der von den berührten Gemeinden benannten Personen zu den Sitzungen der GF erfolgt dem Projektfortschritt entsprechend durch den auf Grund einer eigenen Ausschreibung für den Erweiterten Planungsraum bestellten externen Moderator. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen bei anderen Projekten und im gemeinsamen Planungsraum werden voraussichtlich in der Phase I vier und in der Phase II etwa 12 Sitzungen in einem Zeitabstand von vier bis sechs Wochen erforderlich sein. Der

jeweiligen Einladung, die nach Terminvorankündigung mindestens 2 Wochen vor der Sitzung auf elektronischem Weg versandt wird, wird die Tagesordnung angeschlossen.

Die Sitzungen der Gemeindeforen sind nicht öffentlich. Sie werden durch den externen Moderator geleitet und protokolliert.

Bei der Meinungsfindung soll eine möglichst hohe Akzeptanz erzielt werden. Auf Vorschlag eines Mitglieds des Gemeindeforums wird über den Antrag abgestimmt werden, ob durch Handhebung und bei Bedarf mit Namensnennung ein Meinungsbild erhoben wird.

Das Protokoll wird vom Moderator als Ergebnisprotokoll geführt. Dabei ist es möglich, dass einzelne wichtige Wortmeldungen auf Wunsch des Redners mit Namensnennung umfassender protokolliert werden. Das Protokoll wird durch den externen Moderator jedem Mitglied des Gemeindeforums innerhalb einer angemessenen Frist zugesandt. Die DB-Projektleitung wird den Entwurf des Ergebnisprotokolls und die Präsentation der Sitzungen zeitnah auf die Internetseite „www.brennernordzulauf.eu“ stellen.

Innerhalb von 14 Kalendertagen, beginnend ab elektronischem Versand des Entwurfs des Protokolls, können alle Mitglieder des Gemeindeforums bezüglich Richtigkeit und Vollständigkeit schriftliche Stellungnahmen an den Moderator senden, die in der nächstfolgenden Sitzung behandelt werden.

6. Moderation, Prozessbegleitung und schriftliche Dokumentation

Der gesamte Arbeitsprozess der GF wird durch den externen Moderator geleitet. Er nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Steuerung des Kommunikationsprozesses (Steuerungshoheit) aus der Rolle eines neutralen/allparteilichen Mittlers
- Einfordern von Ziel und Zeitklarheit
- Ladung, Leitung und Protokollierung der Sitzungen, vollumfängliche Entgegennahme der Anliegen und Bedürfnisse von Mensch und Natur sowie Sammeln von Stellungnahmen zum Protokoll
- schriftliche Dokumentation:
Um den Arbeitsprozess, Anfragen, Wünsche, Ergebnisse und Zusagen festzuhalten, aber auch um den hohen Stellenwert dieser Bürgerbeteiligung hervorzuheben, wird vom Moderator eine schriftliche Dokumentation geführt, die den Beteiligten in den Gremien und allen Interessierten zugänglich ist.
- Erstellung von Vorschlägen zur Regelung etwaiger Konflikte

7. Mitwirkung der Gemeindeforen beim Planungsprozess in Phase II

Mitglieder der Gemeindeforen haben die Möglichkeit, in der Phase II konkrete Vorschläge in den Planungsprozess einzubringen.

Für aufwendig zu prüfende Vorschläge wie z.B. alternative Trassenvorschläge wird folgende Vorgangsweise seitens der DB-Projektleitung zugesagt:

Schritt 1

Vorschläge können bis zu einem vordefinierten Stichtag durch ein Mitglied des Gemeindeforums schriftlich der DB-Projektleitung übermittelt werden.

Die DB-Projektleitung mit ihren Experten und Planern (in weiterer Folge Projektteam genannt) führt daraufhin eine Vorprüfung durch:

- Wenn das Projektteam einer vertiefenden Bearbeitung des Vorschlages zustimmt, wird der nachfolgende Schritt 2 durchgeführt.

- Wird vom Projektteam eine vertiefende Bearbeitung des Vorschlages begründet abgelehnt, wird dies schriftlich begründet und in der nachfolgenden Sitzung darüber berichtet. Das GF entscheidet dann, ob es der Ablehnung durch das Projektteam folgt oder - entgegen dem Vorschlag des Projektteams - dennoch eine vertiefende Prüfung vorgenommen werden soll. Der Ablehnungsvorschlag des Projektteams mit Begründung sowie die anschließende Entscheidung des GF werden im Sitzungsprotokoll des GF festgehalten.

Schritt 2

Der eingereichte Vorschlag wird zunächst auf Einhaltung der Planungsanforderungen überprüft und sofern diese erfüllbar sind, dann planlich dargestellt. Die planliche Darstellung wird im Gemeindeforum präsentiert, wobei hier darauf hingewiesen wird, dass die planliche Darstellung noch keine Zusage für die Umsetzung dieses Vorschlags darstellt, dass jedoch dieser Vorschlag dem weiteren Bewertungs- und Auswahlprozess zugeführt wird.

Dieser Bewertungs- und Auswahlprozess erfolgt dann, entsprechend der in Phase I vorweg erarbeiteten und beschlossenen Bewertungsmethode.

8. Kommunikation mit den Medien

Die Kommunikation der Ergebnisse der Gemeindeforen nach außen und mit den Medien erfolgt durch das Projektteam der DB zusammen mit dem Moderator und in Abstimmung mit den Gemeindeforen.

Den Forenmitgliedern bleibt es unbenommen, ihre Sicht zu Inhalten oder Ergebnissen nach außen zu kommunizieren.

9. Beendigung der Arbeit im Gemeindeforum

Die Tätigkeit der Gemeindeforen endet mit der Bekanntgabe der Vorschlagstrasse durch das DB-Projektteam. Eine frühere Auflösung (z.B. Entfall der Betroffenheit durch Trassen) bzw. Verlängerung der Aktivitäten kann gemeinsam vereinbart werden.

10. Historie dieser Geschäftsordnung

Ein 1. Vorschlag dieser Geschäftsordnung wurde vom Projektteam beim Bürgermeistertreffen am 11.10.2017 in Rosenheim vorgestellt und dort diskutiert.

Die dabei vereinbarte Änderung wurde im 2. Entwurf vom 11.10.2017 eingearbeitet. Sie wurde allen Forenmitgliedern mit der Einladung zur 1. Sitzung der Gemeindeforen zugeschickt, dort erläutert und diskutiert.

Der an Hand der eingelangten Rückmeldungen überarbeitete Entwurf (Stand 24.1.2018) wurde in der 3. und 4. Sitzung der Gemeindeforen Rosenheim Nord und Süd vorgestellt und diskutiert.

Die vorliegende Fassung wurde in der 5. Sitzung des Gemeindeforums Rosenheim Süd am 11.4.2018 vereinbart und am 16.6.2018 in der 6. Sitzung des Gemeindeforums Rosenheim Nord für dieses übernommen.

Bezüglich des BVWP 2030 wurde der Text auf Seite 1 nach der 6. Sitzung geändert und als Zitat aus dem BVWP eingefügt.

Anlagen:

Anlage 1: Teilnehmerkreis des Gemeindeforums Rosenheim Süd, Stand 16.5.2018

- A. Mitglieder im Gemeindeforum Rosenheim Süd
- B. Mitglieder im Gemeindeforum Rosenheim Nord
- C. Beobachter in den Gemeindeforen Rosenheim Nord und Süd

Anlage 2: Stellungnahmen von Mitgliedern

- A. Gemeinsame Stellungnahme der Mitglieder der Gemeinden Riedering, Rohrdorf und Stephanskirchen vom 31.3.2018
- B. Stellungnahme des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) vom 4.5.2018

Anlage 1: Teilnehmerkreis des Gemeindeforum Rosenheim Süd, Stand 16.5.2018

A. Mitglieder im Gemeindeforum Rosenheim Süd

Gemeinde	Titel, Vorname	Name	Funktion/Amt/ Interessengruppe
Bad Feilnbach	Anton	Wallner	Erster Bürgermeister
Bad Feilnbach	Josef	Riedl	Landwirtschaft
Bad Feilnbach	Manfred	Büttner	Wirtschaft
Bad Feilnbach	Sebastian	Obermair	Bürgerinitiative / Vereinigung
Kolbermoor	Peter	Kloo	Erster Bürgermeister
Kolbermoor	Dieter	Bieter	Arbeitskreis Verkehr
Kolbermoor	Marina	Hunklinger	Wirtschaft
Kolbermoor	Ralf	Exler	Bürgerinitiative / Vereinigung
Riedering	Josef	Häusler	Erster Bürgermeister
Riedering	Konrad	Lindner	Landwirtschaft (Obmann)
Riedering	Dr.-Ing. Christian	Kaddick	Wirtschaft
Riedering	Brigitte	Englhart	BI (brenna tuat's Riedering)
Rohrdorf	Christian	Praxl	Erster Bürgermeister
Rohrdorf	Bernhard	Huber	Landwirtschaft
Rohrdorf	Theresa	Albrecht	Wirtschaft
Rohrdorf	Dr. Josef	Krapf	Bürgerinitiative (BI Rohrdorf)
Rosenheim	Gabriele	Bauer	Oberbürgermeisterin
Rosenheim	Josef	Gilg	Landwirtschaft
Rosenheim	Wolfgang	Janhsen	Wirtschaft (IHK Rosenheim)
Rosenheim	Dr. Hermann	Biehler	Bürgerinitiative / Vereinigung (Städtebau und Umweltfragen)
Stephanskirchen	Rainer	Auer	Erster Bürgermeister
Stephanskirchen	Johann	Hamberger	Landwirtschaft
Stephanskirchen	Karl	Mair	Zweiter Bürgermeister
Stephanskirchen	Thomas	Riedrich	Bürgerinitiative (Brennerdialog Rosenheimer Land e.V.)

B. Mitglieder im Gemeindeforum Rosenheim Nord

Gemeinde	Titel, Vorname	Name	Funktion/Amt/ Interessengruppe
Bad Aibling	Felix	Schwaller	Erster Bürgermeister
Bad Aibling	Franz Xaver	Gartmeier	Landwirtschaft
Bad Aibling	Erwin	Kühnel	Wirtschaft
Bad Aibling	Dr. Wilhelm	Messing	RORegio
Großkarolinenfeld	Bernd	Fessler	Erster Bürgermeister
Großkarolinenfeld	Josef	Hundhammer	Landwirtschaft
Großkarolinenfeld	Jörg	Wallner	Wirtschaft (Wirtschaftsforum Großkarolinenfeld)
Großkarolinenfeld	Ingrid	Wittner	Bürgerinitiative / Vereinigung
Prutting	Hans	Loy	Erster Bürgermeister
Prutting	Andreas	Hell	Landwirtschaft
Prutting	Manuel	Rohde	Wirtschaft
Prutting	Teresa	Pöller	Bürgerinitiative
Schechen	Hans	Holzmeier	Erster Bürgermeister
Schechen	Christoph	Baumann	Landwirtschaft
Schechen	Stephan	Dialler	Wirtschaft
Tuntenhausen	Georg	Weigl	Erster Bürgermeister
Tuntenhausen	Anton	Rieder	Landwirtschaft
Tuntenhausen	Hans	Thiel	Wirtschaft
Vogtareuth	Rudolf	Leitmannstetter	Erster Bürgermeister
Vogtareuth	Johann	Mayerhofer	Landwirtschaft
Vogtareuth	Franz	Dutz	Wirtschaft
Vogtareuth	Josef	Lechner	Bürgerinitiative / Vereinigung

C. Beobachter in den Gemeindeforen Rosenheim Nord und Süd

Gemeinde	Titel, Vorname	Name	Funktion/Amt/ Interessengruppe
/	Gerhard	Kippes	Landratsamt Rosenheim
/	Johann	Zagler	Landratsamt Rosenheim

Anlage 2: Stellungnahmen von Mitgliedern

A. Gemeinsame Stellungnahme der Mitglieder der Gemeinden Riedering, Rohrdorf und Stephanskirchen vom 31.3.2018

„Die jeweiligen Mitglieder der Gemeinden Riedering, Rohrdorf und Stephanskirchen im Dialogkreis des sog. „Erweiterten Planungsraumes“, Forum Rosenheim Süd, stellen hiermit ausdrücklich klar, dass für sie ein aktueller Bedarfsnachweis sowie eine Kosten-Nutzen-Analyse, jeweils in begründeter und verständlicher, nachvollziehbarer Form, Grundvoraussetzung für jegliche Planungen zu einem dritten und vierten Gleis des „Brenner-Nordzulaufes“ im Inntal sind.

Zudem können sie bis heute keinen nachgewiesenen Planungsauftrag für den Bereich östlich des Inns erkennen.

Daher sehen sie die Voraussetzungen für einen Planungsdialog zu solchen Gleisen als nicht gegeben an und beteiligen sich an diesem nur unter ausdrücklichem Protest sowie mit der grundsätzlichen Überzeugung, dass ein drittes und viertes Gleis nicht notwendig sind.“

B. Stellungnahme des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) vom 4.5.2018



**Bayerischer
Bauernverband**

Geschäftsstelle Rosenheim

Bayerischer Bauernverband · Geschäftsstelle Rosenheim
Möslstraße 30 · 83024 Rosenheim

Ansprechpartner: Geschäftsstelle Rosenheim
Telefon: 08031 80918-10
Telefax: 08031 80918-19
E-Mail: Rosenheim@
BayerischerBauernVerband.de

An:
moderation@brennernordzulauf.eu

Datum: 04.05.2018

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
554-St/ma

Geschäftsordnung für das Gemeindeforum Rosenheim Süd zum Brenner-Nordzulauf

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie eine Stellungnahme zur Geschäftsordnung für das Gemeindeforum Rosenheim Süd:

- Die Landwirtschaft in Rosenheim erbringt wichtige Leistungen, die nicht zuletzt dem Gemeinwohl dienen.
- Sie pflegt die Natur und Landschaft und schafft somit wichtige Voraussetzungen für die Naherholung sowie den Naturschutz.
- Sie erzeugt - bei stark steigender Weltbevölkerung - gesunde Nahrungsmittel und sichert eine hohe Qualität der Oberflächengewässer und des Trinkwassers.
- Sie bietet Arbeitsplätze, Wohnraum und ihre aktiven Menschen bereichern das Leben in Rosenheim.

Besonders aus diesen genannten Gründen weist der Bayerische Bauernverband mit der Bitte um Berücksichtigung auf folgendes hin:

Der Landkreis Rosenheim ist südlich der Stadt Rosenheim durch knapp vorherrschende landwirtschaftliche Gunstflächen geprägt. Eine geplante neue Trasse bringt die Landwirtschaft in der Region in größte Schwierigkeiten. Weiter ist die Region um Rosenheim ein intensiver Ballungsraum mit überwiegend großem Flächenverbrauch durch Wohn- sowie Gewerbeflächenausweisung. Darüber hinaus sind weitreichende Infrastrukturmaßnahmen sowohl geplant wie auch schon umgesetzt.

Die geplante Zulaufstrecke des Brenner Basistunnels ist auch auf deutscher Seite überwiegend unter der Erde zu realisieren. Entsprechende Weichen müssen jetzt bei der Planung definiert werden, da ansonsten nur möglichst "günstige" Varianten in Frage kommen um keine staatlichen Rahmen oder Fördergrundlagen zu verlassen.

Die bei der Umsetzung der Trasse anfallenden Ausgleichsflächen treffen den Landkreis Rosenheim sowie den räumlich begrenzten Naturraum "doppelt". Erst werden dringend notwendige Flächen beim Bau der Zulaufstrecke verbraucht, dann wird der Naturraum noch zusätzlich bei der Kompensation belastet. Die Landschaft und die Landwirtschaft in und um Rosenheim verkraftet so einen Einschnitt nicht!

Die Diskussion über die Verlagerung der Waren auf die Schienen ist ein bayernweites, wenn nicht deutschlandweites, Anliegen der Gesellschaft.

.../2

Bayerischer Bauernverband · Körperschaft des öffentlichen Rechts
Möslstraße 30 · 83024 Rosenheim · Telefon 08031 80918-10 · Telefax 08031 80918-19
Rosenheim@BayerischerBauernVerband.de · www.BayerischerBauernVerband.de · Steuernummer: 143/241/01099
VR Bank Rosenheim-Chiemsee eG · Konto 5 310 008 · BLZ 711 600 00
IBAN: DE55 7116 0000 0005 3100 08 · BIC: GENO DE F1 VRR

Wir fordern, dass im Falle der Realisierung des dritten und vierten Gleises die Ausgleichsflächen außerhalb des anfallenden Naturraums umgesetzt werden. Bei einem derart großen Projekt müssen die Lasten auch auf mehreren Schultern verteilt werden.

Am wichtigsten ist jedoch, dass zuerst realistische Zahlen für das Zugaufkommen ermittelt werden. Für die Planung muss belastbares Zahlenmaterial herangezogen werden, kein gewünschter Bedarf an Zugverbindungen oder ein gewünschter Bedarf der Bundesbahn. Unsere Forderung ist ganz klar, dass hier ein möglichst unabhängiges Gutachten erstellt wird. Dabei sollten keine Zahlen errechnet werden, die das Bauvorhaben rechtfertigen, sondern eine realistische Prognose über das Personen- und Güterzugverkehrsaufkommen der Zukunft. Wir sind von dem anstehenden Bedarf an Güterzügen nicht überzeugt, da es kein realistisches Gutachten dafür zu geben scheint.

Des Weiteren ist es unserer Meinung nach wichtig, dass unsere guten Wirtschaftsflächen ebenso geschont werden wie Naturschutz- und FFH-Flächen und auch planungstechnisch dieselbe Wertigkeit besitzen. Bisher ist es so, dass Naturschutz- und FFH-Flächen von öffentlichen Planvorhaben so weit wie möglich verschont und vorrangig unsere wertvollen Wirtschaftsflächen überplant werden. Unsere Wirtschaftsflächen sichern aber unsere Existenzgrundlage. Es sollte nicht selbstverständlich sein, dass diese vorrangig überplant werden.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Steingraber
Geschäftsführer

gez.

Josef Gilg